

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Pernitz Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1530
Circul Nr. 32.

Nr. 174.

Mittwoch, 29. Juli 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Not. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 8. mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile 16 Silben 25 Gold-Pfennige. Die 8 mm breite, 4 mm hohe Grundchrift-Zeile 16 Silben 25 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Fernwörterbuch Rabatt 25%, wenn der Betrag verfallt, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kündigungsunterhaltungsbeiträge „Erzähler an der Elbe“ - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

„Kulturwille“ — auf Gegenseitigkeit.

Seit kurzem erscheint als Organ des „Verbandes der nationalen Minderheiten Deutschlands“ eine Zeitschrift, die sich „Kulturwille“ nennt und mit diesem Titel anscheinend ein Programm aussprechen will. Sie bekennt sich in ihrer ersten Nummer stolz zu der Gedankenswelt des deutschen Nationalismus, der dann in Gegenfah zu einer angeblichen Entartung der deutschen Gestaltung in der Gegenwart gestellt wird. Polen, Dänen, Litauer und vorzüglich sogar Litauer leben in dieser Zeitschrift ihr Leben. Als Herausgeber zeichnet der Graf Stanislaw von Sierakowski. Die Zeitschrift bringt den Wunsch zum Ausdruck, „ein möglichst hohes sachliches Niveau“ zu erreichen. Dieser Wille zur Sachlichkeit kommt gleich in der ersten Nummer zum Scheitern. Die Zahl der Polen wird ja nämlich mit 2 Millionen angegeben, d. h. die Bewohner Polens, des Ermlandes und dänischer polnisch sprechender Oberschlesien, die für Deutschland gestimmt haben, werden ohne weiteres und gegen ihren deutlich bekundeten Willen der polnischen Nation zugerechnet. Ebenso abwegig ist es, aus den Friesen eine „Nationalität“ zu machen, zumal die ganz überwiegende Mehrzahl der Friesen treu zum deutschen Volkstum hält. Sogar kommt endlich, daß durch die letzten Reichstagswahlen, bei denen sämtliche Minderheiten zusammen nur 91 000 Stimmen aufgebracht haben — gegenüber der vorhergehenden Reichstagswahl ein Verlust von 42 000 —, unüberleglich bemerkt ist, daß es im jetzigen deutschen Reich keine Nationalitätenfrage gibt, wie etwa in Polen, wo die fremden Nationalitäten, meist in geschlossener Siedlung, 45 Prozent der Staatsbevölkerung ausmachen, oder in der Tschechoslowakei, wo sich das Staatsvolk, die Tschechen, sogar zahlenmäßig in einer Minderheit befindet.

Immerhin wird man auch den in Deutschland befindlichen fremdbürtigen Volkspartnern nicht das Recht abstreiten, ihre Interessen zu wahren und die Möglichkeit einer Entwicklung der nationalen Eigenart zu fördern. Dieses Recht ist den Fremdbürtigen sogar ausdrücklich in der Reichsverfassung zugesichert worden. Damals glaubte ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes noch fest an den alten Willen auch der anderen Völker, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen politisch und das der Minderheiten kulturell zu achten. Inzwischen sind lange, an bitteren Lehren für uns Deutsche reiche Jahre verstrichen. Wir haben es erlebt, daß in der Nordmark in 2 Abstimmungsfragen nach zweifacher Wahl entschieden wurde. Wir haben die Verteilung von 1 Million deutscher Volksgenossen aus Polen gesehen. Die bittersten Erfahrungen dieser vertriebenen, ihrer Lebensgrundlage beraubten Deutschen sind in unseren Ohren und Herzen haften geblieben. Wir wissen es, daß man dort in Polen ebenso wie in der Tschechoslowakei das deutsche Schulwesen völlig zerstört hat. Nur mit Born können wir daran denken, wie das Land Trost nicht einmal mehr seinen Namen behalten hat. Wir empfinden den Kampf Frankreichs gegen die alte deutsche Kultur im Elsaß als einen Kampf auf jedes Rechtsgefühl. Wir haben uns wohl gemerkt, daß man in den baltischen Ländern, in der Tschechien, in Rumänien deutschen Menschen den Boden der Väter, fast immer ohne jede Entschädigung, geraubt hat, nur weil sie Deutsche sind.

Wenn vor kurzem der Außenminister Stresemann großzügigen Ausbau der Minderheitenrechte im Reich als Kulturforderung aufgestellt hat, so hat unser immer noch waches deutsches Rechtsempfinden ihm innerlich recht gegeben. Aber unser Herz sträubt sich leidenschaftlich dagegen, daß wir in unserer Not und Bekräftigung, in unserer nationalen Ermutigung noch freigegeben werden sollen, was die reichen Siegerstaaten ringsum unseren Volksgenossen vorenthalten. Der Vorkämpfer der deutschen Fraktion im Reichstag, Herr Graf von Helldorf, der Abg. Raumann, hat vor kurzem in der in Bromberg erscheinenden „Deutschen Rundschau“ einen offenen Brief an den Grafen von Sierakowski, den schon genannten Herausgeber des „Kulturwillen“ gerichtet, worin er dem Herrn Grafen die oben angeführten Gedankenansätze nahebringt. Er schreibt: „Auch der deutschen Entschlossenheit sind Grenzen gesetzt, auch vom Deutschen darf keiner Übermenschenart an Selbstüberwindung verlangen. Wir Deutschen in Polen haben es an Bitten und ersten Mahnungen nicht fehlen lassen; aber die, die Macht über uns haben, sind taub geblieben bis auf den heutigen Tag, und sie sorgen weiter dafür, daß das Gas gefäß wird, wo Liebe allein eine zukunftsreiche Saat verheißt. Jetzt ist es an Euch, Ihr Polen in Deutschland, an Ihnen, Herr Graf, der Fahne der Minderheiten eine Gasse zu öffnen! Reden Sie zu Ihren Volksgenossen, zu allen verantwortlichen Politikern im polnischen Staat. Sagen Sie ihnen, daß schließlich auch von Polen ein gewisses Maß von sittlichem Empfinden verlangt wird. Sagen Sie ihnen, daß es auf dem bisher beschrittenen Wege nicht weitergeht!“

Inzwischen ist in Polen unter dem Deckmantel einer „Agrarreform“ eine weitere Verdrängung der nationalen Minderheiten Geseh geworden. So steht der „Kulturwille“ der Völker aus, deren Abgrenzung in Deutschland in jeder Beziehung gut behandelte Stammesgenossen es sich anmaßen, und Predigten über den Humanismus zu halten. Jawohl, Kulturwille ist die Triebkraft deutschen Lebens seit jeder gewesen. Dafür legt die Geschichte Zeugnis ab. Kulturwille soll auch weiter in Deutschland wachsend sein. Aber: Vor die Front, Herr Graf! ruft der Verzeiter des Deutschland in Polen mit Recht. Kulturwille — auf Gegenseitigkeit!

Fortsetzung der Steuerberatung im Reichstag.

Abg. Berlin, 28. Juli 1925.

Vizepräsident Dr. Bell eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. und erklärt: Der Reichsausschuss hat sich eben über die Gesetzentwürfe geeinigt. (Widerspruch und hört!) Zur Durchführung der in Aussicht genommenen Maßnahmen soll daher die heutige Sitzung um eine halbe Stunde vertagt werden. Sie beginnt also erst um 1/2 Uhr. Vizepräsident Dr. Bell eröffnet die Sitzung wiederum um 1 Uhr 50 Min. und spricht dem Abg. Dr. Sorge (Dsp.), der heute seinen 60. Geburtstag feiert, die Glückwünsche des Hauses aus.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen wird darauf fortgesetzt, und zwar beim:

Einkommensteuergesetz.

Nach einer Vereinbarung im Ausschussrat werden Gruppen von Paragraphen zusammengefasst, für die eine Redezeit von 20 Minuten gilt. Zunächst zur Beratung gestellt werden die §§ 2—5, die die persönliche Steuerpflicht betreffen.

Abg. Roenen (Komm.) bemängelt, daß Ausnahmen von der Steuerpflicht nur für Kapitalisten vorgesehen seien, nicht aber für Arbeiter.

Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.) fragt die Regierung, ob sie nicht doch eine Ermächtigung in das Gesetz hineinschreiben möchte, durch die sie bis zum 31. Dezember 1930 die unbeschränkte Steuerpflicht der Ausländer, die in Deutschland irgendwo ein Geschäft betreiben, erweitern könnte.

Staatssekretär Popitz wendet sich gegen diese Anregung. Die §§ 2—5 werden darauf gegen die Kommunisten angenommen.

Zu den §§ 6—14, die die zur Einkommensteuer herangezogenen Einkünfte behandeln, beantragt Abg. Dr. Fischer (Dem.), daß die auf Grund der Personalabwanderung geschaffenen Abfindungssummen nicht der Einkommensteuer unterliegen sollen.

Staatssekretär Popitz erklärt, in den Ausführungsbestimmungen werde verfügt werden, daß die an die abgehenden Beamten gezahlten Abfindungssummen nicht einkommensteuerpflichtig sind.

Die §§ 6—14 werden unverändert angenommen. § 17 handelt von den abzugewärtigen Sonderleistungen.

Die Beiträge zur Sozialversicherung, zu Sterbefällen, Versicherungsprämien, Ausgaben für Berufsbildung, Kirchensteuer, Beiträge an Kulturstiftungen, Beiträge zu Berufs- und Wirtschaftsvereinigungen, Aufwendungen an Wohlfahrts- und Pensionskassen usw. Die Abzüge dürfen insgesamt jährlich 480 Mark nicht übersteigen.

Abg. Reubner (Komm.) wendet sich gegen die Abzugsfähigkeit der Kirchensteuer und fordert Streichung dieser Bestimmung. Es handele sich hier um ein Geschenk an die Kirche. Wenn die Kirche sich nicht aus eigener Kraft erhalten könne, so sei sie wert, zu Grunde zu gehen, statt auf den Rücken des Staates weiterzulieben.

Abg. Staab (Soz.) stellt in den Bestimmungen über die Beiträge für die Sozialversicherung nur ein egoistisches Mittel der Unternehmer, einen Stamm gut eingearbeiteter Arbeiter an sich zu fesseln.

Es werden dann die einzelnen Einkommensarten spezifiziert. Beim Einkommen aus Gewerbebetrieb beantragt Abg. Dr. Fischer-Röhl (Dem.), bei der Feststellung des Gewinns den Durchschnitt von drei Wirtschaftsjahren zu nehmen. Der Gedanke rühre von der Deutschen Volkspartei her, die hoffentlich für den Antrag stimmen werde.

Abg. Roenen (Komm.) lehnt den Antrag wegen der schwankenden Wirtschaftslage ab.

Abg. Dr. Weis (Ztr.) wendet sich gegen den Vorschlag Dr. Fischers und hält an der jährlichen Festlegung fest. Der demokratische Antrag wird abgelehnt.

Dr. Schacht über den Geldmarkt.

* Berlin. In der gestrigen Zentralbankpräsidentenversammlung des Reichsbank machte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht bemerkenswerte Ausführungen über die Wirtschaftslage Deutschlands.

Seit der letzten Zentralbankpräsidentenversammlung am 23. März 1925 habe sich die immer noch gedrückte Lage der deutschen Wirtschaft auf dem Geld- und Kapitalmarkt deutlich widergespiegelt. Die große Nachfrage nach lang- und kurzfristigem Kapital habe nicht nachgelassen. Die Reichsbank habe auch in dem verlassenen Wertpapier ihre Aufgabe darin gesehen, der deutschen Wirtschaft so weit zu helfen, als es mit dem Schutze der Währung irgendwie zu vereinbaren sei. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Aufrechterhaltung der deutschen Währung, die uns in vollem Umfange gelungen ist, allen künftigen Aufgaben voranzugehen hat. Auf das Mittel der Kreditbeschaffung werden wir dabei auch weiterhin nicht verzichten, wenn wir nicht den Zollmarkt vollkommen in Unordnung bringen wollen. Wir verzeichnen mit Genugtuung, daß die anfänglichen Bedenken gegen diese Politik fast restlos zerstreut sind und alle ernsthaften Kreise der deutschen Wirtschaft ihre Billigung dieser Politik ausgesprochen haben.

Es ist kein Geheimnis, daß in den letzten Monaten die Nachfrage nach Devisen auf dem deutschen Markt eine sehr hohe gewesen ist. Die Ursache dieses Bedarfs liegt zum Teil in unserer Handelsbilanz begründet. Ohne die Gründe dafür erschöpfend behandeln zu wollen, möchte ich darauf hinweisen, daß ein erheblicher Teil der deutschen Wirtschaft dem Export nicht diejenige Aufmerksamkeit zuwendet, die im Interesse unserer Zahlungsbilanz erwünscht wäre. Andererseits

Im weiteren Verlauf der Beratungen kommt es zu einem stürmischen Austritt, als Abg. Reubner (Komm.) der Deutschen Volkspartei vorwirft, sie bestrebe bei den Wahlen Korruptionsgelder von der Industrie.

Abg. Winckel (Dsp.) antwortet mit empörten Zurufen. — Die Kommunisten erwidern mit einem Hagel von Schimpfwörtern. Man hört sie rufen: Halt's Maul! Halt's Maul! Die Presse! Renommierprolet! Halt's Maul, Du Dickschädel!

Es entsteht anhaltender großer Lärm.

Nur mühsam stellt Vizepräsident Bell nach Austeilung einiger Ordnungsrufe die Ruhe wieder her.

Weitere Paragraphen behandeln den Gewinn bei der Besäuerung eines Gewerbebetriebes, der auch als Einkommen gilt. Nach der Ausdehnung soll hier eine Besteuerung nur erfolgen, wenn der Veräußerungsgewinn 25 000 Mark übersteigt.

Abg. Schilde (Soz.) beantragt, hier die Regierungsvorlage wieder herzustellen, die nur den Betrag von 5000 Mark steuerfrei lassen wollte.

Die namentliche Abstimmung wird wegen der schlechten Befehung des Hauses zunächst ausgesetzt.

Ueber einen kommunistischen Antrag, der Steuerhinterziehungen bei Zweigniederlassungen ausländischer Unternehmen durch verschärfte Bestimmungen verhindern will, muß durch Auszählung entschieden werden, da das Haus große Läden aufweist. Der Abstimmungsbericht 241 Stimmen gegen den Antrag und nur 20 dafür, da die Sozialdemokratie zum Teil und die Kommunisten vollständig der Abstimmung fernblieben. Das Haus ist aber trotzdem beschlußfähig.

Die zurückgehaltene Abstimmung über den Veräußerungsgewinn ergab die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit 162 gegen 159 Stimmen bei 78 Enthaltungen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei.

Beim § 27, der den Begriff des Kapitalvermögens aneinanderreißt, begründet Abg. Schneider-Berlin (Dem.) einen Antrag, der von der Kapitalvermögenssteuer freilassen will: Zinsen aus Kapitalforderungen bei Sparkassen, Banken usw., soweit sie bei einem Gesamteinkommen des Steuerpflichtigen von weniger als 5000 Mark jährlich den Betrag von 300 Mark nicht übersteigen.

Staatssekretär Popitz wendet sich gegen den Antrag, der das Steuerprinzip verletze und eine einseitige Bevorzugung eines Teils des Einkommens bedeute.

Der Antrag wird abgelehnt.

Als Abg. Fölsch (Komm.) dann das Wort erhält, wird von der Rechten irrtümlich Abstimmung! gerufen. Darauf strömen zahlreiche Abgeordnete der Rechten in den Saal! Fölsch ruft ihnen zu: Nur herein! Nur herein! Er dann zur Rechten gewandt von den Durcheinander drüben! spricht wird er zur Ordnung gerufen. Er ruft: darauf während der Rechten zu: Gucken Sie in den Spiegel, da werden Sie an den Danton-Prozess in Amerika erinnert!

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt. § 40 besagt, daß auch der Verbrauch anstelle des Einkommens der Besteuerung zugrunde gelegt werden kann, wenn das festgesetzte Einkommen eines unbeschränkt Steuerpflichtigen in einem offenkundigen Mißverhältnis zu seinem Verbrauch steht. Unter Ablehnung aller Abänderungsvorschläge wird diese Fassung angenommen.

Nach 9,30 Uhr beantragt der kommunistische Abgeordnete Roenen die Vertagung des Hauses. Mit den Stimmen der Linken und eines Teils des Zentrums wird dieser Antrag angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr mit der Tagesordnung: Weiterberatung.

seits wird die Kaufkraft des inländischen Marktes durch eine vielfach verkehrt gehandhabte Bewilligung öffentlicher Gelder künstlich erhöht und täuscht damit eine Konjunkturbelebung vor, die bei der Steuerbelastung der Wirtschaft notwendigerweise ein rasches Ende findet. Die so notwendige dauernde Stagnierung der inneren Kaufkraft kann nur durch Produktionsüberbilligung und insbesondere durch eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion erzielt werden.

Eine weitere Ursache der Devisennotlage waren die aus mehreren Ursachen, teils politischer, teils wirtschaftlicher Natur erfolgten Rindigungen kurzfristiger Auslandskredite. Die Reichsbank hat die deutsche Wirtschaft auf das Bedenkliche solcher kurzfristigen Auslandskredite wiederholt hingewiesen. Endlich darf nicht vergessen werden, daß auch aus den Reparationsverpflichtungen eine erhebliche Nebenbelastung für die deutsche Wirtschaft resultiert. Die Zahlungen für den Stufenplan der Dawesdarlehen, für den Recovernact und für die Verwaltungs- und Reparationskosten, die seitens der Empfänger in fremde Wäluen umgewandelt werden, haben bisher den Betrag von 250 Millionen Reichsmark Devisen jährlich überschritten. Trotzdem ist die Reichsbank in der Lage gewesen, ihren Goldbestand auf unannehmlich über 1100 Millionen Reichsmark zu erhöhen. Wir beabsichtigen, in der Verrechnung unseres Goldbestandes weiter fortzuführen. Es ist erfreulich, daß die Reichsbank in der Lage gewesen ist, allen an sie gestellten Devisenanforderungen gerecht zu werden, ohne daß sie eine Einstellung ihrer bisher gewährten Kredite hat vornehmen müssen. Auch weiterhin ist, wie die Dinge im Augenblick liegen, zu dieser Beförderung keine Veranlassung. Andererseits darf mit einer Erhöhung der Kreditgewährung seitens der Reichsbank nicht gerechnet werden.